

eine vom Ausschuß für Fragen des gemeindlichen Lebens erarbeitete Untersuchung über die teilweise erheblichen *Mitgliederverluste der lutherische Kirche in Großstädten* vor. So ging der Anteil der Lutheraner an der Bevölkerung in Hamburg zwischen 1970 und 1981 um 20 Prozent zurück. An normalen Sonntagen besuchen in Städten wie Hamburg, Hannover oder München nur noch etwa zwei Prozent der Gemeindeglieder den Gottesdienst. Die Untersuchung warnt davor, angesichts dieser Entwicklung der „falschen Alternative Volkskirche–Gemeindekirche“ zu unterliegen. Angezielt wird eine *Doppelstrategie* von „Verdichtung“ und „Öffnung“: Es gehe darum, den Glauben einerseits im persönlichen Bereich Gestalt werden zu lassen, andererseits neue Methoden einer „öffnenden Arbeit“ zu erproben. Nach dem Willen der Synode soll ein Schwerpunkt kirchlicher Arbeit in den kommenden Jahren sein, „Kirchenmitgliedschaft zu stabilisieren und neue Motivation zur Kirchenmitgliedschaft zu wecken“. Die Generalsynode im nächsten Jahr wird aus Anlaß des Lutherjubiläums in Coburg stattfinden.

Der Evangelische Bund hielt seine diesjährige Generalversammlung vom 24.–27. Oktober in Aachen ab. Anhand von Referaten des Wiener Theologen *Hans-Christoph Schmidt-Lauber* und des Aachener Bischofs *Klaus Hemmerle* beschäftigten sich die Teilnehmer mit dem Thema „*Wort und Sakrament*“. Dabei insistierte Schmidt-Lauber darauf, daß das Auseinanderreißen von Predigt und Abendmahl im normalen evangelischen Gottesdienst dem biblischen wie dem reformatorischen Ansatz zuwiderlaufe. Der zentrale und spezifische christliche Gottesdienst sei die Eucharistie. Von der katholischen Tradition aus wies Bischof Hemmerle darauf hin, daß Wort und Sakrament zwar verschiedenartig, aber doch gleichrangig seien. Gleichzeitig sprach er sich gegen die Interkommunion aus. Deutliche Akzente setzte auch der Direktor des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, *Reinhard Frieling*, der sich mit den *neueren ökumenischen Konvergenzdokumenten* befaßte. Er stellte fest, zu einigen Konvergenzaussagen müsse in der evangelischen Kirche bereits jetzt nein gesagt werden. Gegenüber der Tendenz, den „Glauben der Kirche durch die Jahrhunderte“ zum Kriterium ökumenischer Gemeinschaft zu machen, stellte Frieling die „fundamentale und einzigartige Bedeutung der Heiligen Schrift für die Ökumene“ heraus. Beschlossen wurden auf der Generalversammlung „*Anstöße und Anregungen zum Luther-Jahr 1983*“. Darin werden vier Leitsätze aufgeführt: Luther müsse im Zusammenhang der Geschichte der Christenheit gesehen werden; die Kirchen hätten eine gemeinsame Vergangenheit und Zukunft. Der zweite Leitsatz: „Luther war kein ‚Kirchenspalter‘. Er lenkt unseren Blick auf das, was den Glauben an den dreieinigen Gott wesentlich bestimmt.“ Lu-

ther sei auch nicht der ‚Papst der Protestanten‘; das Wort Gottes selbst und nicht eine kirchliche Instanz besitze letzte Autorität. Schließlich wird als letzter Leitsatz festgehalten, Luther sei nicht „der Weisheit letzter Schluß“; vielmehr gelte es selber zu entdecken, was hier und heute Gottes Wille für Kirche und Welt sei: „Für viele Fragen der Gegenwart und Zukunft lassen sich bei Luther zwar wichtige geschichtliche Beispiele, aber nicht einfach die Antworten finden.“

Vom 20. bis 27. Oktober fand in Sampran in der Nähe von Bangkok die Dritte Vollversammlung der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen statt. Das Thema („Die Kirche als Glaubensgemeinschaft im Kontext Asiens“) war sehr allgemein gehalten, enthielt aber dennoch recht konkrete Herausforderungen. Kernpunkt der Beratungen war das Thema *Inkulturation* oder, theologischer formuliert: Inkarnation der Kirche in den Kulturen Asiens. Unter den 70 Teilnehmern gab es dazu recht unterschiedliche Meinungen, was angesichts der Vielfalt des asiatischen Raums und der Minderheitensituation der katholischen Kirche in allen asiatischen Ländern mit Ausnahme der Philippinen eher selbstverständlich war. Beträchtliche Unterschiede gab es z. B. zwischen den Episkopaten jener Länder, wie *Taiwan, Japan und Korea*, deren Kultur auch kirchlich stärker von Amerika und theologisch von Europa beeinflusst ist, und den Indern, die ein sehr viel stärker ausgeprägtes kirchliches Selbstbewußtsein zeigten und teilweise, wie der bekannte Dritte-Welt-Theologe *Simon Amalorpavadas* der Meinung waren, das Christentum könne in Asien nur dann fruchtbar werden, wenn sich Denkweisen und Strukturen der Kirche *grundlegend* ändern. Sein Stichwort hieß „Sterben, um neu zu erwachen“. In den Arbeitskreisen, in denen sich für den europäischen Beobachter auffallend stark geistliche Bewegungen aus Europa wie Charismatiker und Focolarini spiegelten, wurde vor allem die Rolle der Laien und speziell die *Stellung der Frau* in Asien diskutiert, wobei auch Probleme des europäischen Asientourismus (zeitgenössische Formen des Mädchenhandels, Prostitution) speziell im Blick auf das Gastgeberland *Thailand* angesprochen wurden. In einem Abschlusdokument wandten sich die Bischöfe nachdrücklich gegen die auch in Asien um sich greifende Praxis der *Abtreibung*, die den religiösen und kulturellen Traditionen asiatischer Länder widerspreche und ein „historischer Skandal“ sei, und wandten sich gegen die nukleare Hochrüstung. Sie erinnerten daran, daß Asiaten die ersten Opfer von Atombomben wurden und die gegenwärtige Weltlage die Gefahr in sich berge, daß Asiaten wieder deren Opfer sein könnten. Mit der Schlußbotschaft verbanden die Bischöfe einen Appell an die Weltöffentlichkeit, sich wieder verstärkt des Flüchtlingsproblems in Südostasien anzunehmen.

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

BRAUNS, ERIC. *Projet et conditions d'une théologie de l'histoire*. In: *Recherches de Science Religieuse* Jhg. 70 Heft 3 (Juli–September 1982) S. 321–342.

Der Verfasser will zeigen, daß eine Theologie der Geschichte gegenwärtig notwendig sei, allerdings

nur unter drei Bedingungen: Die Theologie müsse sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Geschichtsschreibung auseinandersetzen, sich an der Schrift und ihrer Weise, Geschichte zu erzählen, orientieren, und sie müsse die Bedeutung geschichtlicher Praxis anerkennen, die auch für die Geschichte des Glaubens bestimmend sei. Ausgangspunkt für eine Theologie der Geschichte könne die Ambivalenz der Situation des Menschen als geschichtlich Handelndem sein, die

sich im Ineinander von tragischem Scheitern und schöpferischer Größe zeige. Auch die Schrift bestätige diese Sicht der Geschichte: Sie sei Weg und Prozeß, kein abgeschlossenes Geschehen. Das Christentum nehme den Glaubenden nicht aus der Geschichte heraus; er müsse seine Hoffnung vielmehr in den unentwirrbaren Widersprüchen der Geschichte verwirklichen. Gott und Mensch dürften in der Geschichte nicht als Konkurrenten gedacht werden. In dem Maß, in dem

sich der Mensch als geschichtliches Lebewesen annehme, erfahre er die Andersartigkeit des ewigen Gottes. Das Christentum müsse der „gnostischen Versuchung“ einer Naturalisierung der Geschichte Widerstand leisten. Zwar gebe es durchaus Gefahren einer Theologie der Geschichte, etwa die der Sakralisierung, größer sei allerdings die Gefahr eines Rückzugs der Theologie in eine „Übergeschichte“.

DAECKE, SIGURD MARTIN. *Gott – Opfer oder Schöpfer der Evolution?* In: *Kerygma und Dogma* Jhg. 28 Heft 4 (Oktober–Dezember 1982) S. 230–247.

Daecke plädiert für eine neue Begegnung von christlichem Glauben und Evolutionslehre, die über den gegenwärtigen vorherrschenden „Waffenstillstand“ zwischen Theologie und Naturwissenschaft (die Naturwissenschaft verzichtet auf weltanschauliche Aussagen; die Theologie trennt streng zwischen Glaubensaussagen über Gott und die Schöpfung und der Ebene naturwissenschaftlicher Befunde) hinausführen könnte. Die neueren Erkenntnisse der Evolutionsforschung erlaubten es dem Glauben, sich endlich rückhaltlos auf die Tatsache der Evolution einzulassen; die Theologie sollte für die Gesprächsangebote anerkannter Naturwissenschaftler dankbar sein. Daecke entwirft eine trinitarische Begründung des ganzheitlichen Verständnisses von Gott und der Evolution: Gott und die Evolution seien von der Schöpfung her aufeinander bezogen; der Evolutionsprozeß gipfle in der Inkarnation; als Heiliger Geist verwirkliche Gott die Möglichkeiten der Materie auf jeder Ebene und Stufe des kosmischen Evolutionsprozesses. Dadurch würden Gott und Geist nicht als Kausal- oder Finalprinzip in Konkurrenz zur naturwissenschaftlichen Erklärung treten: Der Christ ersetze die natürliche Erklärung nicht durch eine übernatürliche, sondern ergänze sie im Licht des Glaubens. Durch die trinitarische Rede von Gott in der Evolution könne ein pantheistisches Mißverständnis abgewehrt werden.

RITSCHL, DIETRICH. *Überlegungen zur gegenwärtigen Diskussion über Mariologie.* In: *Ökumenische Rundschau* Jhg. 31 Heft 4 (Oktober 1982) S. 443–461.

Ritschl versucht die katholische Mariologie für das ökumenische Gespräch kommunikabel zu machen, indem er als evangelischer Theologe nach ihrem Recht wie nach ihren Grenzen fragt. Katholische Mariologie sei nur möglich unter Voraussetzung eines „synthetischen“ Verständnisses der Bibel, das von der kirchlichen Tradition aus die Schrift befrage, während für den Protestantismus ein „analytischer“ Umgang mit der Schrift charakteristisch sei. Die Mariendogmen hätten eine Hilfs- und Sekundärfunktion für christologische und ekklesiologische Aussagen. Von dieser Grundlage aus richtet Ritschl Anfragen an die vier Mariendogmen, wobei sich für ihn die größten Probleme mit dem Dogma von der Unbefleckten Empfängnis ergeben. Ökumenisch könne man in Sachen Mariologie nur weiterkommen, wenn gemeinsam die Frage angegangen werde, inwiefern sich hinter dem Streit um mariologische Aussagen grundlegendere, noch nicht genügend aufgearbeitete Differenzen zwischen den großen kirchlichen Traditionen verbergen, etwa über Sünde und Gnade, über Gebet und Fürbitte oder über die Relevanz der altkirchlichen Konzilien. Außerdem brauche es die gemeinsame Rezeption sprachphilosophischer Einsichten, z. B. zur metaphorischen und figurativen Sprache, um nicht in die alten kontroverstheolo-

gischen Argumente zurückzufallen. Für den Protestantismus wünschenswert sei in jedem Fall eine neue Freiheit zur Verehrung Marias.

Kultur und Gesellschaft

ATTESLANDER, PETER. *Empirische Sozialforschung über das Wahlverhalten.* In: *Universitas* Jhg. 37 Heft 10 (Oktober 1982) S. 1063–1068.

Mit den Methoden der Erforschung des Wählerverhaltens und der Publizierung ihrer Ergebnisse setzt sich der Augsburger Sozialforscher Atteslander auseinander. Trotz der zweifachen Schwierigkeit, daß nämlich z. B. die Medienwirkung sehr schwer meßbar und der Mangel an Theorie offenkundig sei, würden nach wie vor Umfragedaten als Argumente in der medienpolitischen Diskussion verwendet. Der Einfluß der Medien auf das Wahlverhalten sei ebenso wie der Medieneinfluß auf das gesamte Sozialverhalten weitgehend unerforscht. Die aus der amerikanischen Sozialforschung übernommene These, daß Medien Einstellungen nicht ändern, sondern sie nur verstärken, sei zudem keineswegs zureichend untersucht. „Was wird im einzelnen, wenn überhaupt, verstärkt?“ Demoskopische Meinungsdaten in einem sich zusehends stärker polarisierenden politischen Klima, würden, so der Autor, lediglich die selektive Wahrnehmungsfähigkeit der Menschen und nicht die wertenden Fähigkeiten stärken. Politische Werbung, die weitgehend auf demoskopischen Daten beruhe, möge zwar kurzfristig Stimmen bringen, erschwere aber ein politisches Urteil der Bürger. Als „Instrumentenlieferer“ sei hier die empirische Sozialforschung angesprochen; im übrigen sollten grundsätzlich alle Wahlvoraussetzungen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

SCHORR, HELMUT. *Die „Alternativen“.* Struktureller Wandel der politischen Willensbildung in Deutschland. In: *Stimmen der Zeit* Jhg. 107 Heft 11 (November 1982) S. 753–768.

Von verschiedenen Seiten beleuchtet der Autor die Ursachen für den Wandel der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik. So habe z. B. das „Machtvakuum“ der vergangenen Jahre im innenpolitischen Bereich dazu beigetragen, daß sich eine „teils tatsächliche, teils scheinbare politische Alternative zu den Bundestagsparteien“ entwickelt habe. Weiter lasse das Fehlen lokaler überschaubarer Organisationsstrukturen und die viel geringere Identifizierung von Zielvorstellungen mit Personen im Vergleich von Verbänden zu Parteien das Vertrauen in Interessenorganisationen eher als labil erscheinen. Schorr erläutert auch die soziologischen Daten der Anhänger von alternativen Bewegungen und Bürgerinitiativen und fragt nach ihrer „Gerichtetheit und den Zielvorstellungen“. Vergleiche mit basisdemokratischen Modellen in anderen Ländern und ein Vergleich der Situation in verschiedenen Bundesländern ergänzen das Spektrum. Den etablierten Parteien rät Schorr, „der offenen Gesellschaft ein größeres Maß an Öffentlichkeit zu beschenken“, die Mitbeteiligung an Planungen und Selbstverwaltung zu stärken sowie die Parteibasis zu beleben.

SEGALEN, MARTINE. *La „nouvelle“ femme.* In: *Etudes* Heft 11 (November 1982) S. 463–477.

Es hat sich eingebürgert, unter den ersten Fakto-

ren, die für die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 20 Jahre verantwortlich sind, die Rolle der Frau zu nennen. Was an diesem Bild der „neuen“ Frau, das im demographischen, familiären, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmen gezeichnet wird, tatsächlich neu ist, untersucht die Autorin am Beispiel Frankreichs. Den meisten bisher erschienenen Frauenstudien macht sie zum Vorwurf, daß diese Gefahr liefen, sich von der Geschichte oder der Anthropologie zu lösen, ohne die Rolle der Frau in der jeweiligen Gesellschaft aber nicht umfassend beurteilt werden könne. Anhand von Vergleichsdaten zeigt sie eine Reihe von Widersprüchen im heutigen Frauenbild auf. So könne z. B. von einer Verbesserung der Möglichkeiten zu verantwortlicher Mitarbeit in den traditionellen Männerdomänen Politik, Gewerkschaften und Verbände keine Rede sein. Zudem sei die „neue“ Frau in die Zange genommen zwischen der traditionellen Vorrangigkeit der Mutterpflichten und einem „gewissen, vermeintlich befreienden“ Anspruch, einer vollen Berufstätigkeit nachzugehen. Flexiblere Arbeitsbedingungen, die speziell auf die Mutterrolle einerseits und den Wunsch der Frau nach zumindest halbtägiger Berufstätigkeit zugeschnitten sei, sollten nachdrücklicher propagiert und zügiger realisiert werden.

Kirche und Ökumene

BRAGUE, RÉMI. *Gottes Meisterwerk. Geburt der Kunst aus der christlichen Mitte.* In: *Internationale katholische Zeitschrift* Jhg. 11 Heft 6 (November 1982) S. 527–543.

Der Beitrag versucht, allerdings ohne auf einzelne Kunstwerke einzugehen, eine Neubegründung des gestörten Verhältnisses von Kunst und christlichem Glauben. Er beklagt die Orientierung der Kunst am ästhetischen Urteil statt am eigentlichen Schönen, die „Zerstreuung der Künste“ und den Verlust der Mythologie, die den christlichen Umgang mit Kunst vor eine unübersteigbare Schwierigkeit stelle. In der Differenz des Christusereignisses zum Mythos sieht er allerdings den Ausgangspunkt für eine neue Geburt der Kunst aus der christlichen Mitte: Christus sei in seiner Person das vollkommene Kunstwerk als ein einmaliges, „freies“ Symbol. Sein Handeln sei gekennzeichnet durch das Zusammenfallen unvorhersehbarer Freiheit und restloser Notwendigkeit, also durch das, was große Kunst auszeichne. Im Christusereignis erfolge die Verklärung nicht von außen und im nachhinein durch den Künstler oder den Geist des Betrachters, sondern von innen. Bague schließt daraus, daß sich die Kategorien, unter denen das Kunstwerk gedacht werden könne, im Christentum wiederfänden, daß sie aber gleichzeitig eine Umkehr erführen, die sie verändere und befreie: „Kunst ist somit keimhaft im christlichen Faktum vorenthalten. Und alle ihre Werke sind eingeborgen im höchsten Werk des Vaters.“

DUFRASNE, DIEUDONNÉ. *Les Prières eucharistiques.* Essai de bilan. In: *Communautés et Liturgies* Jhg. 64 Heft 4–5 (Oktober 1982) S. 291–315.

Der Autor setzt bei seiner Bilanz mit den Fragen an, die Anfang der siebziger Jahre im Blick auf die vier offiziell approbierten Hochgebete gestellt wurden: Bräuchte es nicht statt einer Übersetzung aus dem Lateinischen eigener Hochgebete in jeder Sprache? Wie kann der Graben zwischen der modernen Sprache des Wortgottesdienstes

und der archaischen Sprache der Hochgebete überwunden werden? Bräuchte es nicht eine Beteiligung der Gläubigen gerade am Hochgebet? Der veränderte Kontext (allgemeiner Glaubensschwund, Verarmung des liturgischen Lebens durch den Verlust der meisten nichteucharistischen Gottesdienstformen) veranlaßt ihn, die Fragen neu zu stellen und führt gleichzeitig zu

anderen Akzenten in ihrer Beantwortung: Die Einsicht, daß es mehr auf die wirkliche Teilnahme der Gläubigen an der Eucharistiefeier ankomme als auf die quantitativ meßbare Beteiligung, daß Liturgie nicht nur eigener Vollzug, sondern auch Geschenk von Gott her sei und daß die Stellung des Priesters in der Eucharistie nicht einen Herrschaftsanspruch, sondern die Wirksam-

keit Christi ausdrücke, läßt den Autor trotz bleibender Bedenken positiver über die einheitlichen Hochgebete urteilen. Das schließt seiner Meinung nach weitere, offiziell geförderte Experimente mit neuen Gebeten in Europa und größeren Spielraum für die Kirchen der Dritten Welt nicht aus, die zu ihren eigenen liturgischen Formen finden müßten.

Personen und Ereignisse

Am 28. Oktober stattete Bundespräsident *Karl Carstens* Johannes Paul II. einen offiziellen Besuch ab. In seiner Ansprache bei der Audienz hob der Papst hervor, daß das Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik der Kirche in beispielhafter Weise ein hohes Maß an Freiheit gewähre. Diese Freiheit gebe der Kirche eine gesteigerte Verantwortung für die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft. Staat und Kirche müßten sich in verstärktem Maß um die Wahrung allgemeinverbindlicher Werte bemühen. In diesem Zusammenhang komme dem wirksamen Schutz und der Förderung der Familie eine außerordentliche Bedeutung zu. Der Papst lobte den Einsatz von Staat und Kirche in der Bundesrepublik für die Entwicklungsländer und stellte fest: „Es würde einem humanen Fortschritt im besten Sinne dienen, wenn es gelänge, auch in der Ausländerfrage so wirkungsvoll zwischen Staat und Kirche zum Wohl der betroffenen Menschen zusammenzuwirken, wie dies seit vielen Jahren in der Hilfe für die Entwicklungsländer geschieht.“

Am 26. Oktober verstarb an den Folgen eines Herzinfarkts der international wohl bekannteste Bischof einer italienischen Diözese, der Erzbischof von Florenz, Kardinal *Giovanni Benelli*. Der erst 61jährige Kardinal, der seine kirchliche Laufbahn 1947 als Sekretär des damaligen Substituten G. B. Montini, des späteren Papst Pauls VI. begann, verbrachte später fast 20 Jahre im diplomatischen Dienst, u. a. als Beobachter des Hl. Stuhles bei den Vereinten Nationen und als Nuntius in Dakar. Als Substitut im Staatssekretariat (1967–1977) wurde er zur wichtigsten Stütze und über die innervatikanische Behördenhierarchie hinweg zum engsten Mitarbeiter Pauls VI. Die Kurienreform des Montini-Papstes war in ihrer Konzeption wie in ihrer Handhabung (innerkuriale Zentralisierung, Vorrang des Staatssekretariats vor den übrigen Kurienbehörden) weitestgehend von Benelli geprägt. Ein Jahr vor seinem Tod ernannte Paul VI. Benelli zum Erzbischof von Florenz und zum Kardinal. Während der beiden Konklave von 1978 galt Benelli als einer der aussichtsreichsten „Papabili“.

Neuer Erzbischof von München als Nachfolger von Kardinal Joseph Ratzinger, der seit Februar dieses Jahres Präfekt der römischen Glaubenskongregation ist, wurde nach fast 10monatiger Vakanz der bisherige Bischof von Speyer, *Friedrich Wetter* (54).

Der Dresdner Landesbischof *Johannes Hempel* wurde am 13. November zum neuen Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR gewählt. Er wird Anfang Dezember als Nachfolger des Magdeburger Landesbischofs Werner Krusche, der in den Ruhestand tritt, die Leitung des Bundes der Evangelischen

Kirchen in der DDR übernehmen. Hempel, Jahrgang 1929, war Studentenfarrer und Studiendirektor im Leipziger Predigerkolleg, bevor er 1972 zum Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, der größten Landeskirche der DDR, gewählt wurde. Seit 1975 gehört er dem Zentralauschuß und dem Exekutivkomitee des Weltkirchenrates an.

Die Bereitschaft der katholischen Kirche zum Dialog mit dem Islam bekräftigte bei einer Tagung mit kirchlichen Ausländerexperten *Pietro Rossano*, Sekretär des vatikanischen Sekretariats für die Nichtchristen. Rossano räumte ein, daß der Dialog mit dem Islam besonders schwierig sei; der Islam habe trotz der vielen Schritte, die die Kirche auf ihn zu unternommen habe, noch nicht auf die Einladungen geantwortet. Dennoch bestehe die menschliche und christliche Berufung zum Dialog. Es entspreche dem Geist des Evangeliums, den Richtlinien der Kirche und den Notwendigkeiten der Zeit, mit Achtung und Sympathie auf die Muslime zu schauen und geduldig Wege zu suchen, um mit ihnen in Kommunikation zu treten.

Eine positive Bilanz der theologischen Fernkurse in Ungarn zog der Direktor dieser seit 1979 bestehenden Einrichtung, *Tamas Nyiri*. Die Teilnehmerzahlen seien seit der Einrichtung der Fernkurse stetig gestiegen, die Altersstruktur habe sich zugunsten der jüngeren Jahrgänge verschoben und die ersten Absolventen unterstützten bereits die Pfarrer in den Gemeinden bei der Seelsorgearbeit. Insgesamt hätten sich bisher 936 Personen aus allen Bevölkerungsschichten um Aufnahme zu den Fernkursen beworben, die von der Theologischen Akademie Budapest getragen werden. Bei dem sich verschärfenden Priestermangel in Ungarn komme dieser theologischen Ausbildungsmöglichkeit für Laien große Bedeutung zu.

Johannes Paul II. hat den lettischen Priester *Johannes Cakuls* (56) zum Weihbischof im Erzbistum Riga und für das Bistum Liepaja ernannt. Cakuls tritt damit an die Seite des 87jährigen Apostolischen Administrators von Riga und Liepaja *Julijens Vaivods* und dessen Weihbischof *Valerius Zondaks* (74). Keines der beiden lettischen Bistümer ist regulär besetzt. Die letzte Bischofsernennung, die von Weihbischof Zondaks, fand vor fast genau 10 Jahren, Ende Oktober 1972, statt. Der bisher dritte lettische Bischof, Weihbischof *Kazimirs Dulbinskis* (76) darf sein Amt nicht ausüben.

Nach Ansicht des Leiters der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im ÖRK, *John Bluck*, wird die Vollversammlung des Weltrates 1983 in Vancouver deutlich machen, wie zerbrechlich die ökume-

nische Bewegung ist. Der Weltrat habe sich in den vergangenen Jahren stärker zu einer Institution entwickelt, in der die einzelnen Kirchen ihre Eigenart bewußt einbrächten und mehr Mitspracherecht verlangten. Der Rat werde dadurch zwar zu einem getreueren Spiegel seiner Mitgliedskirchen, verliere aber auch einen Teil seiner Geschlossenheit und Entscheidungsfähigkeit. Besonders deutlich werde sich in Vancouver das Gewicht der orthodoxen Kirchen zeigen. Es sei zu erwarten, daß das gesellschaftliche Engagement des Weltrates in Zukunft stärker zugunsten kirchlicher und geistlicher Themen zurückgedrängt werde.

„Hilfe ohne Haken“ so umriß der sambische Bischof *Denis Harold de Jong*, stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz Sambias, die finanzielle Unterstützung der europäischen Kirchen für die Entwicklungsländer. Diese Mittel würden unbürokratisch an die Bedürftigen weitergeleitet. Die politische Situation sowie die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat Sambias bezeichnete de Jong als partnerschaftlich. Das derzeitige Parteiensystem der sambischen Republik versuche einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Kirche leiste einen entscheidenden Beitrag im Erziehungs- und Gesundheitswesen.

Bedenken gegen die von der südafrikanischen Regierung geäußerten Behauptungen, im Wandel den Ausgleich der Rassen anzustreben, hat der langjährige Mitarbeiter der Entwicklungskommission der Katholischen Bischöfe Südafrikas, *Alexander Mbatha*, anlässlich eines Besuches in Bonn angemeldet. Nach Ansicht Mbathas verhindern die immer noch gültigen Rassengesetze jede Gleichberechtigung der Farbigen und machen die Ureinwohner Südafrikas zu „Menschen zweiter Klasse“. Die Angst der vier Millionen Weißen vor der von ihnen so bezeichneten „römischen Gefahr“, dem Einsatz der katholischen Kirche für soziale Entwicklung und Menschenrechte, verbaut, so Mbatha, die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Dialogs, der Voraussetzung für eine nationale Verständigung wäre.

Zum neuen Erzbischof von Cincinnati hat Papst *Johannes Paul II.* den bisherigen Weihbischof und Kapitularvikar dieser Diözese, *Daniel Pilarczyk* ernannt. Der 48 Jahre alte, aus Polen stammende *Pilarczyk* tritt an die Stelle von Erzbischof *Joseph Bernardin*, der vor einigen Monaten als Nachfolger des verstorbenen Kardinals *Cody* Erzbischof von Chicago wurde.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt je ein Prospekt der *Missionsprokur der Jesuiten, Nürnberg*, des *Eos Verlag, St. Ottilien*, und des *Verlag Herder, Freiburg*, bei.